

"Die Notenbanken haben aus der Vergangenheit gelernt" : Interview

Autor(en): **Straubhaar, Thomas / Riva, Klaus**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energieia : Newsletter des Bundesamtes für Energie**

Band (Jahr): - **(2006)**

Heft 5

PDF erstellt am: **23.07.2024**

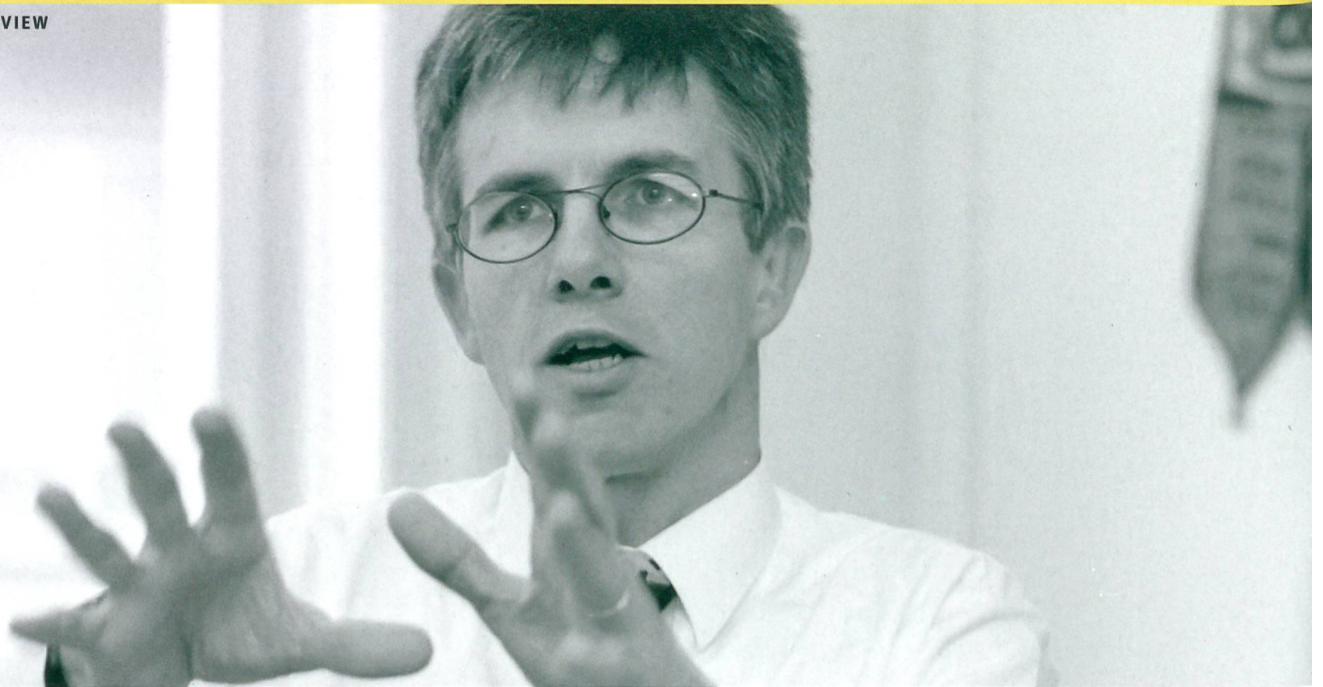
Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-640301>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



«Die Notenbanken haben aus der Vergangenheit gelernt»

ZUR PERSON

Thomas Straubhaar ist Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Universität Hamburg. Seit April 2005 ist Straubhaar zudem Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI). Der in der Schweiz geborene Ökonom ist Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Hamburg. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören: Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Ordnungspolitik, Bildungs- und Bevölkerungsökonomie. Im Jahr 2004 wurde Straubhaar mit dem Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik ausgezeichnet.

Kontakt:

www.hwwi.org, straubhaar@hwwi.org

An der Spitze des renommierten Hamburger WeltWirtschaftsinstituts (HWWI) steht der Schweizer Thomas Straubhaar. Mit pointierten Äusserungen in der Öffentlichkeit, beispielsweise zur Wirtschaftspolitik der grossen Koalition in Berlin, hat er sich in Deutschland einen Namen gemacht. Im Gespräch mit *energeia* führt Straubhaar aus, warum ökonomische Prognosen mit Wettervorhersagen nichts gemein haben, weshalb das Erdölzeitalter abläuft und wieso Einspeisevergütungen für erneuerbare Energien den Markt nicht verfälschen.

Thomas Straubhaar, nach dem ersten Ölschock in den 70er-Jahren orakelte das amerikanische Energieministerium, der Ölpreis werde zur Jahrtausendwende bei 250 Dollar pro Fass liegen. Aktuelle Schätzungen renommierter Häuser schwanken zwischen 65 und 140 Dollar bis im Jahr 2035. Sind Prognosen zur Entwicklung des Ölpreises «Glückssache»?

Nein, wir Ökonomen üben uns nicht im Kaffeesatzlesen. Eine ökonomische Prognose nimmt immer auch Einfluss auf die Zukunft, weil sie auf das Verhalten der Akteure einwirkt. Nehmen Sie das Beispiel unserer Prognose zur Entwicklung der Energiepreise: Wir sagen, dass die Energiepreise in den nächsten zwei Dekaden moderat ansteigen werden. Wir wagen aber auch die Prognose, dass der Erdölpreis nicht in astronomische Höhen vorstösst. Das können wir mit gutem Gewissen prognostizieren, da die Ankündigung steigender Energiepreise die Marktakteure zu Reaktionen drängt, die wiederum dämpfend auf den Preisanstieg für Erdöl wirken werden. Solche Mechanismen unterscheiden ökonomische Prognosen beispielsweise von der Wettervorhersage: Die Wetterprognose hat nämlich keinen Einfluss auf die weitere Entwicklung der Wetterlage.

Wie werden die Akteure auf die Aussicht langfristig hoher Energiepreise reagieren?

Aufgrund des steigenden Kostendrucks wird die Ölindustrie neue Fördertechnologien entwickeln müssen. Neue Technologien werden auch den Wirkungsgrad fossiler Energien - Gas, Öl und Kohle - verstärken und alternativen Energieträgern zum Durchbruch verhelfen. Zudem wird die Industrie weiter in die Energieeffizienz in der Produktion investieren und neue energieeffiziente Produkte auf den Markt bringen. Auch die Haushalte werden energiebewusster handeln; sie werden im Alltag noch häufiger Energie sparen und ihre Verhaltensweisen anpassen.

In den letzten drei Jahren verteuerte sich der Erdölpreis erheblich. Doch anders als in den 70er- und 80er-Jahren blieb ein Erdölschock aus. Wie erklären Sie sich das?

Die Beobachtung ist richtig: Die Weltkonjunkturlage verharrt unverändert auf hohem Niveau und verzeichnet erfreuliche Wachstumsraten. Im Vergleich zur Vergangenheit sind drei Konstellationen anders: Heute ist es eine rasch wachsende Nachfrage und nicht eine politisch bedingte Angebotsverknappung, die zu einem Anstieg der Rohstoffpreise geführt hat. Davon betroffen ist auch Europa. Gleichzeitig findet ein Gege-

neffekt im Bereich der Investitionsgüter statt: Länder wie die Schweiz oder Deutschland, mit einer starken Exportindustrie im Rücken, erfreuen sich einer hohen Nachfrage nach neuen Technologien und Investitionsgütern. Dies besonders aus jenen Staaten, die Energie produzieren. Dass heisst: Die hiesige Investitionsgüterindustrie profitiert von den steigenden Energiepreisen, was die Konjunktur stimuliert.

Zweitens haben die Notenbanken aus der Vergangenheit gelernt. Durch eine vergleichsweise weiterhin expansive Geldpolitik haben sie die konjunkturellen Bremswirkungen des Preisanstiegs beim Öl gedämpft. Und schliesslich ist

«FUNKTIONIERT DER ENERGIEMARKT, WIRD ER DURCH DIE EINSPEISEVERGÜTUNG NICHT VERZERRT»

drittens heute der Energiemix breiter gefächert, so dass im Krisenfall rasch auf alternative Energieträger zurückgegriffen werden kann. Und vergessen Sie nicht: Es wird wesentlich energieeffizienter produziert, als dies noch in den 70er- und 80er-Jahren der Fall war. Eine Milliarde Umsatz wird heute mit einem Energieaufwand erzielt, der um ein Vielfaches unter jenem der Vergangenheit liegt.

Trotzdem sind Experten überrascht, dass ein Teuerungsschub ausblieb.

Auch das lässt sich im Rückblick erklären: Schweizer Unternehmen stehen heute im globalen Wettbewerb. In diesem Umfeld ist es viel schwieriger geworden, steigende Produktionskosten auf die Konsumenten zu überwälzen. Der globale Wettbewerb lässt kaum Spielraum für Preisaufschläge. Folglich haben die Unternehmen ihre Kostenstruktur weiter optimiert und die höheren Energiepreise mit Kosteneinsparungen abgefedert. Hinzu kommt, dass sich auch die Gewerkschaften mit übertriebenen Lohnforderungen zurückhielten.

Dieses vernünftige Verhalten der wichtigsten Marktakteure hat es der Notenbank ermöglicht, frei von jeglichem Inflationsdruck an ihrer vergleichsweise expansiven Geldpolitik festzuhalten. Sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer haben es vermieden, zusätzliches Öl ins Feuer zu giessen.

Die Weltkonjunktur zuckt mit den Schultern, die Inflationsraten bleiben tief: Läuft das Erdölzeitalter aus?

Die heute bekannten Ölvorräte sind grösser als jemals zuvor in der Menschheitsgeschichte. Trotzdem macht es nicht länger Sinn, diesen

wertvollen Rohstoff für die Fortbewegung mit primitiven Antriebsformen zu verschwenden, wie das beispielsweise im Bereich der Mobilität der Fall ist. Je schneller es gelingt, auf alternative Energieträger umzusteigen, desto früher wird das Erdölzeitalter - nach unserer heutigen Definition - Vergangenheit sein.

An welche alternativen Energieträger denken Sie?

Mittelfristig wird Erdgas an Bedeutung gewinnen, auch Kohle, die aufgrund des höheren Brennwertes vor allem in China, USA und Australien abgebaut wird. Ich bin zudem überzeugt, dass die Kernenergie - dank neuer Technologien

- eine Renaissance erleben wird. Dann natürlich die erneuerbaren Energieträger: Wasserkraft, Wind, Geothermie, Holz, Biomasse, Photovoltaik, aber auch Gezeitenkraftwerke, mit denen aus den Meeresströmungen Energie gewonnen wird.

Gas- oder Kohlekraftwerke gelten als nicht besonders umweltfreundlich. Müssen wir demnach eine Verschärfung der CO₂-Problematik in Kauf nehmen?

Die Frage nach den Umwelteinflüssen bei der Gewinnung und Nutzung der verschiedenen Energieträger wird sich künftig mehr denn je stellen. Ich bin überzeugt, dass in den kommenden Jahrzehnten die Nutzung der Umwelt erheblich teurer wird. Umweltschonende, regenerierbare Energieträger werden daher an Bedeutung gewinnen.

Das Schweizer Parlament berät zurzeit über die Einführung der Einspeisevergütung für erneuerbare Energieträger: Kann eine solche den Erneuerbaren zum Durchbruch verhelfen?

Die Einspeisevergütung ist aus ökonomischer Sicht sinnvoll. Energiemärkte sind in der Regel von monopolistischen Strukturen geprägt. Solche Strukturen zu durchbrechen, ist sehr schwierig. Hier ist der Staat gefordert: Er muss den Energiemarkt so organisieren, dass die Marktkräfte zum Tragen kommen, mit Angebots-, Nachfrage- und Preisbildung. Die Einspeisevergütung erleichtert den neuen Energieträgern den Markteintritt. Und sie erhöht deren Chance, im Markt zu bestehen. Funktioniert der Energiemarkt, wird er durch die Einspeisevergütung nicht verzerrt.

Parlament will Einspeisevergütung

Mit den Stromvorlagen, über die das Parlament bereits seit längerer Zeit berät, soll der Strommarkt liberalisiert werden. Gleichzeitig will das Parlament die Produktion aus erneuerbaren Energien fördern. Im Zentrum steht dabei die Einspeisevergütung: Erneuerbare Energien sollen mit einem Zuschlag auf den Kosten der Netznutzung gefördert werden. Dieser Zuschlag kann von den Netzbetreibern auf die Endnutzer abgewälzt werden.

Im Herbst 2005 beschloss der Nationalrat, Strom aus Solar-, Wind-, Geothermie- und Biomasseanlagen zu kostendeckenden Preisen zu vergüten und sah dabei eine Einspeisevergütung von maximal 0,3 Rappen pro Kilowattstunde (kWh) - rund 170 Millionen Franken pro Jahr - vor. Anders jedoch der Ständerat: In der vergangenen Herbstsession in Flims (GR) beschloss die kleine Kammer eine Einspeisevergütung von maximal 0,5 Rappen pro kWh oder rund 270 Millionen Franken im Jahr. Dabei setzt er auf Wasser, Wind, Erdwärme und Biomasse. Die teure Solarenergie hingegen will der Ständerat zurückhaltend fördern. Von den Geldern darf maximal 50 Prozent in die Förderung der Wasserkraft fliessen. Die anderen Technologien dürfen höchstens je 30 Prozent beanspruchen, wobei die Vergütung in Abhängigkeit des Preises begrenzt werden soll.

Weitere Informationen:

www.parlament.ch/homepage/do-dossiers-az/do-stromvg.htm